

Zweibrücker Rundschau

STADTNACHRICHT

An Friedhofstor gefahren: Polizei sucht Zeugen

Zwischen Montag, 13 Uhr, und Dienstag, 16 Uhr, stieß ein Autofahrer im Oberen Stadtteil im Stadtteil Niederauerbach gegen einen Pfosten des dortigen Friedhofstors und beschädigte den Pfosten. Im Verdacht, den Unfall verursacht zu haben, steht ein 79-jähriger Mann, der der Polizei gegenüber einräumte, gegen das Friedhofstor gefahren zu sein. An dem Tor entstand ein Schaden in Höhe von rund 3000 Euro. Zeugen, die den Unfall beobachtet haben, werden gebeten, sich mit der Polizei Zweibrücken unter der Telefonnummer 06332/9760 in Verbindung zu setzen. (sig)

AUSLÄNDISCH VON ZWEIBRÜCKERN

„Egitim“

Cihan Ilan verrät uns heute das türkische Wort für „Bildung“. Es wird „Egitim“ ausgesprochen. Der 25-Jährige wurde in der Türkei, in Karakocan, geboren. Das liegt in der Nähe von Diyarbakir. Seit 1998 wohnt die Familie in Zweibrücken, die den beliebten Ilan-Grill in der Innenstadt betreibt. Seit dem 1. März 2007 ist der Student an der Fachhochschule, wie seine gesamte Familie, deutscher Staatsbürger. Cihan Ilan hat den Studiengang Wirtschaftsinformatik gewählt. In seiner Freizeit liest er, und er geht gerne ins Kino. Für seine Fitness betreibt er Kampfsportarten wie Kickboxen und Taek-Won-Do. Für den Kampfsportclub Zweibrücken in der Oselbachstraße hat er sogar an Wettkämpfen teilgenommen. „Nur fehlt mir hierfür leider momentan die Zeit, wegen des Studiums“, bedauert Ilan. (thof)



IN DIESER AUSGABE

Zweibrücker für Media-Markt & Co.

Verbandsbürgermeister Pirmann sieht die Politik auf gutem Weg, OB Reichling nimmt die Nein-Sager sehr ernst: Reaktionen zur Umfrage Gewerbegebiet Truppach. SEITE 2

100 Kunstwerke für 100 Euro

Der Zweibrücker Kunstverein bietet in seiner Ausstellung zugunsten der Aktion „Die Pfalz malt für den Dom“ Werke seiner Mitglieder zum Schnäppchenpreis an. SEITE 8

ACHTUNG, RADAR

Die Polizei hat für heute Geschwindigkeitskontrollen in Contwig und Hornbach sowie auf der A 63 angekündigt.

SO ERREICHEN SIE UNS

ZWEIBRÜCKER RUNDSCHAU

Verlag und Geschäftsstelle
Rosengartenstraße 1-3
66482 Zweibrücken
Telefon: 06332 92210
Telefax: 06332 922123
E-Mail: rhpzwe@rheinpfalz.de

Abonnement-Service

Telefon: 06332 209980
Telefax: 06332 209982
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

Privatanzeigen

Telefon: 06332 2090031
Telefax: 06332 2090034
E-Mail: privatanzeigen@rheinpfalz.de

Geschäftsanzeigen

Telefon: 06332 2090033
Telefax: 06332 2090034
E-Mail: geschaeftsanzeigen@rheinpfalz.de

Lokalredaktion

Telefon: 06332 922140
Telefax: 06332 922149
E-Mail: redzwe@rheinpfalz.de

Zweibrücker wollen Bahn nach Homburg so sehr, dass sie dem Saarland sogar Geld dafür gäben

Seit einem Jahrzehnt diskutiert die Politik über die Reaktivierung der Zugstrecke nach Homburg. Was denken die Bürger darüber? Es herrscht eine überwältigende Einigkeit: Die Bahn soll endlich her. Und die Bevölkerung ist bereit, dem Saarland finanziell weit entgegen zu kommen.

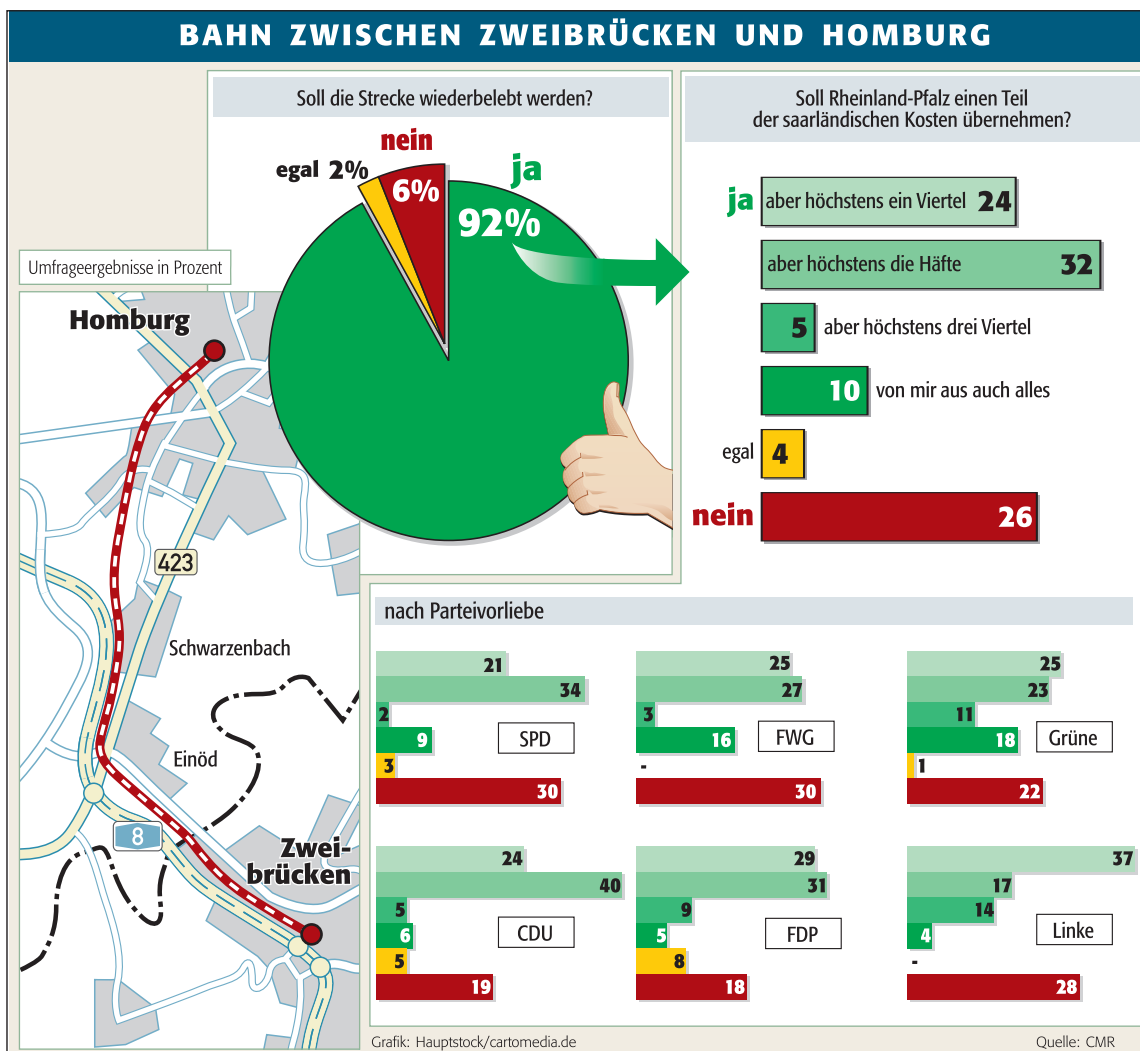
VON GEORG ALTHERR

92 Prozent der Zweibrücker wollen, dass die Bahnverbindung zwischen Zweibrücken und Homburg wiederhergestellt wird. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage im Auftrag der RHEINPFALZ. Nur sechs Prozent der Befragten lehnen die Reaktivierung ab.

Im Laufe der Jahre haben sich die Bürger eine klare Meinung zu der lange diskutierten Frage gebildet. Nur zwei Prozent sagen „ist mir egal“; das ist ein für Umfragen äußerst geringer Anteil von Unentschiedenen.

Die Zustimmung zur Reaktivierung liegt quer durch alle Parteien bei um die 90 Prozent und damit äußerst hoch. Selbst die Nichtwähler wollen die Bahn zu 82 Prozent. Auch innerhalb der Altersgruppen zeigen sich nur minimale Unterschiede: Ob jung, ob alt: Alle wollen wieder mit dem Zug nach Homburg fahren können. Das ist auch keine Frage des Geschlechts: Männer und Frauen fordern die Reaktivierung exakt gleich stark.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung und alle maßgeblichen politischen Kräfte diesseits der Landesgrenze haben erklärt, dass sie die Reaktivierung ermöglichen und Zweibrücken auf diese Weise beispielsweise an die S-Bahn Mannheim-Homburg anbinden wollen. Vor der saarländischen Landtagswahl vor einem Jahr hatten sich die Grünen, die Linken und die FDP für die Reaktivierung der in den 1980er Jahren stillgelegten Bahnstrecke stark gemacht. FDP und Grüne bildeten dann zusammen mit der CDU eine Jamaika-Koalition, die Grünen bekamen das Umwelt- und Verkehrsministerium und damit die Zuständigkeit für Bus und Bahn. Die neue saarländische Verkehrsministerin der Grünen vollzog nach der Wahl allerdings eine politische Kehrtwende. Sie sagt heute, die Wiederbelebung der Bahnstrecke sei zwar womöglich wünschenswert. Das Saarland könne dafür aber kein Geld ausgeben. Es gebe im Saarland wichtigere Projekte und andere Strecken, die Vorrang hätten.



Da die Strecke Zweibrücken-Homburg zu geschätzt 85 Prozent auf saarländischem Gebiet verläuft, müsste das Saarland auch einen viel höheren Anteil an den Kosten übernehmen als Rheinland-Pfalz. Bisher hat die rheinland-pfälzische Seite nicht zu erkennen gegeben, ob sie über die Kostenaufteilung mit sich handeln ließe. Beide Bundesländer haben darüber miteinander bisher nicht gesprochen. Dennoch plädieren manche rheinland-pfälzische Politiker dafür, dem Saarland finanziell entgegenzukommen, um den Jahre währenden Stillstand zu überwinden.

Die RHEINPFALZ wollte deshalb wissen, wie die Bevölkerung zur Frage steht, ob Rheinland-Pfalz ein

Teil der saarländischen Kosten tragen sollte.

Auch hier ergibt sich ein überraschend eindeutiges Bild: Nur jeder Vierte vertritt die Auffassung, dass die rheinland-pfälzische Seite keinen Cent des saarländischen Anteils übernehmen sollte. Umgekehrt heißt das: Drei von vier Befragten geben sich gutnachbarschaftlich und treten dafür ein, dem Saarland finanziell entgegenzukommen, um die Reaktivierung endlich zu ermöglichen.

Unterschiede zeigen sich, wenn man fragt, welchen Teil der saarländischen Kosten Rheinland-Pfalz übernehmen sollte. Eine relative Mehrheit ist bereit, die Hälfte zu tragen. Jedem Zehnten ist die Stre-

cke so wichtig, dass er sich dafür nicht leisten kann, das Saarland finanziell sogar ganz zu verschonen.

Zwischen den Geschlechtern gibt es bei der Frage nach etwaiger finanzieller Hilfe für den Nachbarn kaum Unterschiede. Bei den Altersgruppen sieht es so aus, dass die über 60-Jährigen am deutlichsten dafür eintreten, dem Saarland die Hälfte der Kosten abzunehmen. Bei den Jungen ist der Anteil derer, die dem Saarland nicht helfen würden, noch am höchsten.

Am großzügigsten dem Saarland gegenüber zeigen sich Wähler von CDU, FDP und Grünen. Aber auch die Wähler von SPD, FWG und Linken wären zu großem Entgegenkommen bereit.

Kindergarten: Franzen bestätigt Kostenexplosion

Planer soll jetzt prüfen, wo man Geld einsparen kann

„Ich stelle die Kostenexplosion nicht in Abrede“, sagte gestern der Beigeordnete Rolf Franzen zu unserer Berichterstattung vom Mittwoch, nach der der neue städtische Kindergarten auf dem Wacken statt der ursprünglich berechneten drei nun sechs Millionen Euro kosten soll.

Diese Verdopplung habe vor allem damit zu tun, dass das Gebäude zunächst nicht als Passivhaus geplant war. Auch die Außenanlagen seien nicht gleich berücksichtigt worden. Zu der Kostenexplosion werde er eine Sondersitzung der Kita-Kommission einberufen, so Franzen.

Der Planer sei bereits damit beauftragt, zu schauen, „wo man noch mal an den Stellschrauben drehen kann“. Er solle prüfen, wo man Geld sparen kann, etwa indem man sich mit Durchschnitt statt dem Optimum zufrieden gibt. Als Beispiel nannte Franzen den Lärmschutz. „Da wird davon ausgegangen, dass alle Kinder gleichzeitig da sind und alle Lärm machen.“ Da dies aber in der Realität nie der Fall sei, reichten beispielsweise auch 80 Prozent Lärmschutz. (sig)



Auf dem Gelände an der Grinsardstraße soll der Kindergarten gebaut werden. FOTO: STEINMETZ

Kindergarten-Ausbau: Kirche wirft „Bremsklotz auf Gleise“

Zusage wieder zurückgezogen – Kita-Kommission vor den Kopf geschlagen

Eigentlich sollte die Kita-Kommission gestern die städtischen Zuschüsse zum Ausbau dreier Kindergärten für die Aufnahme unter Dreijähriger genehmigen. Doch es kam ganz anders. Jugenddezernent Rolf Franzen war am Mittwoch ein Schreiben der Evangelischen Kirche der Pfalz an das protestantische Verwaltungsamt Zweibrücken auf den Schreibtisch geflattert. Und dieses macht es wieder fraglich, ob der Ausbau kommt und wenn ja, wann.

Laut Franzen stand die Stadt bereits in den Startlöchern, um ab Frühjahr 2011 für zusammen 2,6 Millionen Euro die protestantischen Kindergärten Ixheim, Ernstweiler und Niederauerbach auszubauen. Mit dem evangelischen Verwaltungsamt Zweibrücken sei man überein gekommen, dass wegen der hohen Summe, die die Stadt in fremdes Eigentum investiert, eine beschränkte Dienstbarkeit eingetragen wird. Diese sollte der Stadt einen Anspruch auf Rückzahlung gewährleisten, wenn die Kirche einer Be-

triebspflicht der Kindergärten auf 20 Jahre nicht nachkommt. Franzen: „Eine Grundschuld wäre uns lieber gewesen. Die beschränkte Dienstbarkeit, die auch die Kirchen Grundstücke einschließt, war schon ein Kompromiss.“

Dem Kompromiss will die Evangelische Landeskirche in Speyer jetzt aber doch nicht zustimmen, wie sie in dem uns vorliegenden Schreiben mitteilt. Kirchengemeinden als freie Träger seien verlässliche Partner, „wenn man bedenkt, dass sie eine jahrzehntelange Tradition in der Kindertagesstättenarbeit vorzuweisen haben“. Eine schuldrechtliche Sicherung müsse reichen, „wonach im Fall der Aufgabe der Kindertagesstättenarbeit eine mietweise Überlassung des Gebäudes an die Stadt zur Restlaufzeit erfolgt“.

„Ich habe mich sehr aufgeregt“, gab Franzen gestern zu, denn die völlig überraschende Wende in der Haltung der Kirche werfe den U3-Ausbau um zwei Jahre zurück. Alles sei geplant, auch Ausweichquartiere habe man gefunden für

DIE UMFRAGE

Die RHEINPFALZ hat das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut CMR beauftragt, eine repräsentative Umfrage in Zweibrücken zu machen. Befragt wurden 500 Personen im Alter ab 18 Jahren, die in Zweibrücken wählen dürfen. Das Institut wählte die befragten Haushalte nach einem systematischen Zufallsverfahren aus, das sowohl die unterschiedliche Größe der Stadtteile berücksichtigt als auch die Tatsache, dass nicht alle Haushalte im Telefonbuch stehen. Die Interviewer telefonierten zwischen dem 26. und 29. Oktober jeweils zwischen 17 und 20.30 Uhr sowie am Samstag, 30. Oktober, zwischen 12 und 15 Uhr. Das Meinungsforschungsinstitut versichert: „Die Stichprobengröße, die Befragungszeitpunkte und die Zufallsverfahren garantieren ein für das Untersuchungsgebiet repräsentatives Ergebnis.“

DIE FRAGEN IM WORTLAUT

Die Fragen der Interviewer zur Bahnverbindung lauteten:

- Seit zehn Jahren wird darüber diskutiert, ob zwischen Zweibrücken und Homburg wieder Züge fahren sollen. Wie ist Ihre Meinung: Sollte diese Bahnstrecke wiederbelebt werden?
- Das Land Rheinland-Pfalz tritt für die Wiederbelebung ein und wäre auch bereit, seinen Anteil zu bezahlen. Das Saarland hingegen, auf dessen Gebiet der größte Teil der Strecke liegt, lehnt die Wiederbelebung ab, weil es argumentiert, kein Geld dafür zu haben. Wie ist Ihre Meinung: Sollte Rheinland-Pfalz einen Teil der Kosten, die das Saarland zu tragen hätte, übernehmen, um die Reaktivierung zu ermöglichen?
 - ja, aber höchstens ein Viertel
 - ja, aber höchstens die Hälfte
 - ja, aber höchstens drei Viertel
 - ja, von mir aus auch alles
 - nein

MORGEN LESEN SIE

Bei der Meinungsumfrage ließ die RHEINPFALZ die Meinung der Zweibrücker zu weiteren Themen erheben:

- Wen würden Sie zum Oberbürgermeister wählen: Helmut Reichling, Kurt Pirmann oder Michael Wöhler?
- Welche Note geben Sie OB Reichling und den anderen Stadtpolitikern?
- Welche Partei würden Sie wählen, wenn jetzt ein neuer Stadtrat gewählt würde?
- Die Ergebnisse lesen Sie morgen in der RHEINPFALZ